

26.05.2018 – PM 37/2018

Schlichtung für das Bauhauptgewerbe

## IG BAU-Tarifkommission nimmt Schlichterspruch an

Verantwortlich  
**Ruprecht Hammerschmidt**

Telefon 069-95 737 135  
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de  
www.igbau.de

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat heute (für die Red.: Samstag, 26. Mai 2018) dem Schlichterspruch vom 12. Mai 2018 mit großer Mehrheit zugestimmt. Am Vormittag kamen im Haus der Baugewerkschaft in Frankfurt am Main die Mitglieder der IG BAU-Bundestarifkommission aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, um das Ergebnis zu diskutieren und über die Annahme abzustimmen. Nach einer ausführlichen Aussprache zeigten sich die Teilnehmer überzeugt davon, dass der durch den Schlichter, den früheren Bundesarbeits- und wirtschaftsminister Wolfgang Clement, erzielte Kompromiss für die rund 800 000 Beschäftigten am Bau ein angemessenes Ergebnis ist. „Die Bauwirtschaft bildet die Spitze des Wachstums in Deutschland. Entsprechend hoch waren die Erwartungen der Beschäftigten an diese Lohnrunde. Der Schiedsspruch ist der beste Abschluss aller Branchen in Deutschland und spiegelt damit die Hochkonjunktur am Bau wider. Wir erwarten jetzt von den Arbeitgebern, dass sie dem Kompromiss ebenfalls zustimmen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. Der für die Baubranche zuständige Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers ergänzte: „In den Jahren der Baukrise haben die Arbeitgeber an unsere Verantwortung für die Branche appelliert. Das ist aber keine Einbahnstraße. Im Bauboom tragen jetzt die Arbeitgeber dafür Verantwortung, dass die Beschäftigten an der guten Lage beteiligt werden.“ Zuvor hatten die Arbeitgeber um eine Verlängerung der ursprünglich heute endenden Erklärungsfrist gebeten. Sie läuft nun noch bis zum 1. Juni 2018, 14 Uhr.

Das Schlichtungsergebnis sieht ab Mai 2018 ein Plus im Westen von 5,7 Prozent und im Osten von 6,6 Prozent vor. Für 2019 gibt es dort einen weiteren Schritt von 0,8 Prozent. Die Laufzeit beträgt 26 Monate. In dieser Zeit erhalten die Beschäftigten im Westen 1100 Euro Einmalzahlungen in drei Schritten, im Osten kommt eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro hinzu. Zudem regelt der Schlichterspruch einen Stufeneinstieg in ein bundesweites 13. Monatseinkommen sowie die Ausbildungskosten und eine perspektivische Lösung für bezahlte Wegezeiten zu den Baustellen.